

---

**Prostitutionsgewerbeverordnung \* (PGV)**

vom 05.12.2012 (Stand 01.08.2019)

---

*Der Regierungsrat des Kantons Bern,*

gestützt auf Artikel 19 und 25 des Gesetzes vom 7. Juni 2012 über das Prostitutionsgewerbe (PGG)<sup>1)</sup>,

auf Antrag der Polizei- und Militärdirektion,

*beschliesst:*

**1 Verfahren \*****Art. 1** *Verfahren um Erteilung einer Bewilligung*

<sup>1</sup> Personen, die eine Tätigkeit nach Artikel 5 Absatz 1 PGG ausüben wollen, haben mindestens 60 Tage vor der geplanten Betriebseröffnung um eine Bewilligung zu ersuchen. Sie haben ein von der Bewilligungsbehörde zur Verfügung gestelltes Formular zu verwenden.

<sup>2</sup> Das Bewilligungsgesuch ist schriftlich bei der zuständigen Stelle der Standortgemeinde einzureichen; diese prüft und leitet es mit ihrer Stellungnahme an die Bewilligungsbehörde weiter.

**Art. 2** *Einzureichende Angaben und Unterlagen*

<sup>1</sup> Das Bewilligungsgesuch hat zur Gesuchstellerin oder zum Gesuchsteller bzw. zur verantwortlichen Person nach Artikel 7 Absatz 3 PGG folgende Angaben und Unterlagen zu enthalten:

- a* Vor- und Nachname, Geschlecht, Geburtsdatum, Heimatort bzw. Staatsangehörigkeit sowie Wohnadresse,
- b* gut leserliche Farbkopie eines amtlichen Identitätsausweises,
- c* bei Ausländerinnen und Ausländern zusätzlich eine amtliche Bescheinigung über die Aufenthaltsregelung (z.B. Kopie der Aufenthaltsbewilligung),
- d* Handlungsfähigkeitszeugnis
- e* Strafregisterauszug,
- f* Betreibungsregisterauszug über die letzten fünf Jahre.

---

<sup>1)</sup> BSG 935.90

\* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

<sup>2</sup> Es hat zu den Räumlichkeiten, in denen die bewilligungspflichtige Tätigkeit nach Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe a PGG ausgeübt werden soll («Salon»), folgende Angaben und Unterlagen zu enthalten:

- a Name und Adresse des Salons,
- b falls vorhanden Telefonnummer sowie Adresse des Internetauftritts des Salons,
- c Betriebszeiten,
- d Grundrisspläne, aus denen die Grösse und Anzahl aller Räume hervorgeht, die zum Betrieb gehören, wobei die Räume, in denen die Prostitution ausgeübt werden soll, und die Sanitäranlagen speziell zu markieren sind,
- e die Preise für die Miete der Räume, in denen die Prostitution ausgeübt werden soll, einschliesslich der Nebenkosten, insbesondere für Bett- und Frottéwäsche sowie Zimmerreinigung,
- f maximale Anzahl der Personen, die im Salon die Prostitution ausüben,
- g Kopien von weiteren zum Betrieb erforderlichen Bewilligungen (wie Gastgewerbe- und Baubewilligung usw.) oder, falls noch nicht vorhanden, Kopien der entsprechenden Gesuchsanträge.

<sup>3</sup> Bei Gesuchen für Kontaktvermittlungen nach Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe b PGG («Escort-Service») sind folgende Angaben und Unterlagen einzureichen:

- a Name und Adresse des Escort-Services,
- b falls vorhanden Telefonnummer sowie Adresse des Internetauftritts des Escort-Services.

<sup>4</sup> Juristische Personen haben zusätzlich einen Auszug aus dem Handelsregister und dem Register des Betreibungs- und Konkursamts der Sitze der juristischen Person der letzten fünf Jahre einzureichen.

<sup>5</sup> Bei ausländischen Staatsangehörigen, juristischen Personen mit heutigem oder früherem Sitz im Ausland oder wenn die Gesuchstellerin oder der Gesuchsteller bzw. die verantwortliche Person nach Artikel 7 Absatz 3 PGG zuvor im Ausland ihren Wohnsitz hatte, können gleichwertige ausländische Unterlagen verlangt werden.

<sup>6</sup> Die Unterlagen gemäss Absatz 1 Buchstabe d bis f und Absatz 4 und 5 dürfen nicht älter als drei Monate sein.

**Art. 3** *Verfahren um Erneuerung einer Bewilligung*

<sup>1</sup> Das Gesuch um Erneuerung der Bewilligung ist spätestens 60 Tage vor Ablauf der Bewilligungsdauer schriftlich bei der zuständigen Stelle der Standortgemeinde einzureichen; diese prüft und leitet es mit ihrer Stellungnahme an die Bewilligungsbehörde weiter.

**Art. 4** *Gebühren*

<sup>1</sup> Die Gebührenerhebung der Bewilligungsbehörde gemäss Artikel 15 PGG richtet sich nach den Bestimmungen der Verordnung vom 22. Februar 1995 über die Gebühren der Kantonsverwaltung (Gebührenverordnung, GebV)<sup>1)</sup>.

**2 Pflichten \*****Art. 5** *Pflichten der Bewilligungsinhaberin oder des Bewilligungsinhabers*  
*1. Registerführung*

<sup>1</sup> Das Register gemäss Artikel 10 PGG hat folgende Angaben und Unterlagen über die Personen zu enthalten, die im Verantwortungsbereich der Bewilligungsinhaberin oder des Bewilligungsinhabers im Sinne von Artikel 5 Absatz 1 PGG die Prostitution ausüben:

- a Vor- und Nachname, Pseudonym, Geschlecht, Geburtsdatum und -ort sowie Heimatort bzw. Staatsangehörigkeit,
- b gut leserliche Farbkopie eines mit einem Foto versehenen amtlichen Identitätsausweises,
- c bei Ausländerinnen und Ausländern zusätzlich eine amtliche Bescheinigung über die Aufenthaltsregelung (z.B. Kopie einer Aufenthaltsbewilligung) und die Berechtigung zur Erwerbstätigkeit,
- d Zeitpunkt der Aufnahme und Beendigung der Prostitutionstätigkeit.

<sup>2</sup> Anzugeben sind zudem die Einzelheiten der erbrachten Leistungen der Bewilligungsinhaberin oder des Bewilligungsinhabers (Zurverfügungstellung und Benutzung von Räumlichkeiten, Sanitäreinrichtungen, Wäscherei- oder Werbediensten oder dergleichen) und die dafür von der die Prostitution ausübenden Person erbrachten Abgeltungen.

<sup>3</sup> Das Register ist aktuell zu halten. Änderungen der Registereinträge, insbesondere nach Aufnahme oder Beendigung der Prostitutionstätigkeit im Betrieb, sind umgehend vorzunehmen.

<sup>4</sup> Die Bewilligungsbehörde kann Vorgaben über die Form des Registers machen.

---

<sup>1)</sup> BSG 154.21

<sup>5</sup> Die BewilligungsinhaberIn oder der Bewilligungsinhaber hat das Register vor dem Zugriff unberechtigter Personen zu schützen. Bei Kontrollen nach Artikel 12 PGG ist das Register den Behörden unaufgefordert vorzulegen.

#### **Art. 6**      *2. Mitteilung und Information*

<sup>1</sup> Änderungen in den persönlichen und betrieblichen Verhältnissen gemäss Artikel 8 PGG bzw. Artikel 2 Absatz 1 bis 3 sind der Bewilligungsbehörde umgehend nach ihrem Bekanntwerden mitzuteilen.

<sup>2</sup> Die BewilligungsinhaberIn oder der Bewilligungsinhaber hat in den Räumlichkeiten, in denen die bewilligungspflichtige Tätigkeit nach Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe a PGG ausgeübt werden soll, gut sichtbar und mehrsprachig anzubringen: \*

- a \* Hinweise zu Informationsangeboten sowie Adressen und Telefonnummern der Leistungserbringer gemäss Artikel 58 Absatz 2 des Gesetzes vom 11. Juni 2001 über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz, SHG)<sup>1)</sup>, die Aufgaben nach Artikel 71 Absatz 1 Buchstabe e SHG erfüllen,
- b \* Hinweise zu Hilfsangeboten für Opfer von Menschenhandel sowie Adressen und Telefonnummern der entsprechenden Leistungserbringer,
- c \* die Telefonnummer der Kantonspolizei und der Bewilligungsbehörde.

#### **Art. 7**      *3. Massnahmen im Bereich Sicherheit, Sauberkeit und Hygiene*

<sup>1</sup> Die BewilligungsinhaberIn oder der Bewilligungsinhaber sorgt insbesondere dafür, dass

- a die Räumlichkeiten, das Mobiliar und das Bettzeug regelmässig gereinigt werden,
- b die die Prostitution ausübenden Personen über eine angemessene Raumfläche und Sanitäreinrichtungen mit Duschemöglichkeit verfügen,
- c \* den die Prostitution ausübenden Personen Präservative und wasserlösliche Gleitmittel kostenlos zur Verfügung gestellt werden,
- d \* geeignetes Informationsmaterial zur Verhütung von HIV/Aids und anderen sexuell übertragbaren Krankheiten gut sichtbar, mehrsprachig und kostenlos im Betrieb zugänglich ist.

### **3 Kommission für das Prostitutionsgewerbe \***

#### **Art. 8**      \*

<sup>1</sup> Die Kommission für das Prostitutionsgewerbe (KOPG) ist ein beratendes Fachorgan des Kantons und der Gemeinden.

<sup>1)</sup> BSG [860.1](#)

<sup>2</sup> Sie setzt sich zusammen aus Vertreterinnen und Vertretern

- a* \* der Regierungsstatthalterämter (Vorsitz),
- b* \* der Kantonspolizei,
- c* \* der Staatsanwaltschaft,
- d* des Amtes für Migration und Personenstand,
- e* der Gesundheits- und Fürsorgedirektion,
- f* der Arbeitsmarktbehörde der Volkswirtschaftsdirektion,
- g* der vom Prostitutionsgewerbe betroffenen Gemeinden,
- h* \* der Leistungserbringer gemäss Artikel 58 Absatz 2 SHG,
- i* \* der Steuerverwaltung.

<sup>3</sup> Die KOPG \*

- a* informiert sich regelmässig über die Entwicklungen im Prostitutionsgewerbe,
- b* fördert die Koordination der Tätigkeiten der zuständigen Behörden und der Leistungserbringer gemäss Artikel 58 Absatz 2 SHG,
- c* macht der Polizei- und Militärdirektion zuhanden des Regierungsrats Vorschläge für Änderungen der Gesetzgebung,
- d* \* prüft die Wirksamkeit der im Bereich des Prostitutionsgewerbes getroffenen Massnahmen und erstattet der Polizei- und Militärdirektion bei Bedarf oder auf Verlangen Bericht.

<sup>4</sup> ... \*

<sup>5</sup> Die Polizei- und Militärdirektion ernennt die Mitglieder auf Antrag der Behörden und Stellen gemäss Absatz 2. Im Übrigen konstituiert sich die Kommission selbst. \*

<sup>6</sup> Die Amtsdauer der Mitglieder beträgt vier Jahre und wird stillschweigend verlängert, wenn die Polizei- und Militärdirektion keine neue Ernennung gemäss Absatz 5 vornimmt. \*

## **4 Datenschutz \***

### **Art. 9 \***

<sup>1</sup> Die Bewilligungsbehörde führt eine elektronische Datensammlung mit folgenden Daten:

- a* Angaben gemäss Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a,
- b* Angaben gemäss Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe a bis c bzw. Artikel 2 Absatz 3,
- c* verfügte Dauer, Auflagen und Bedingungen der Bewilligung,

- d Angaben über bisherige Kontrollen (Datum, allfällig festgestellte Verfehlungen usw.),
- e Angaben zu weiteren nach dem PGG bewilligungspflichtigen Tätigkeiten der BewilligungsinhaberIn oder des Bewilligungsinhabers.

<sup>2</sup> Das Amt für Betriebswirtschaft und Aufsicht der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion sorgt im Sinne von Artikel 8 Absatz 2 des Datenschutzgesetzes vom 19. Februar 1986 (KDSG)<sup>1)</sup> für den Datenschutz.

<sup>3</sup> Die Auskunfts- und Einsichtsrechte richten sich nach den Bestimmungen der Datenschutzgesetzgebung.

<sup>4</sup> Die Bewilligungsbehörde vernichtet die Daten einer BewilligungsinhaberIn oder eines Bewilligungsinhabers spätestens zehn Jahre nach Erlöschen der Bewilligung.

## **5 Schlussbestimmungen \***

### **Art. 10**     *Änderung von Erlassen*

<sup>1</sup> Folgende Erlasse werden geändert:

1. Verordnung vom 18. Oktober 1995 über die Organisation und die Aufgaben der Polizei- und Militärdirektion (Organisationsverordnung POM, OrV POM):
2. Verordnung vom 22. Februar 1995 über die Gebühren der Kantonsverwaltung (Gebührenverordnung, GebV):

### **Art. 11**     *Inkrafttreten*

<sup>1</sup> ... \*

## **T1 Übergangsbestimmung der Änderung vom 12.06.2019 \***

### **Art. T1-1 \***

<sup>1</sup> Die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Änderung vom Regierungsrat gewählten Mitglieder der KOPG wirken weiterhin in der Kommission mit, soweit die zuständigen Behörden und Stellen gemäss Artikel 8 Absatz 2 der Polizei- und Militärdirektion nichts anderes beantragen.

---

<sup>1)</sup> BSG 152.04

---

Bern, 5. Dezember 2012

Im Namen des Regierungsrates  
Der Präsident: Rickenbacher  
Der Staatsschreiber: Nuspliger

## Änderungstabelle - nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	BAG-Fundstelle
05.12.2012	01.04.2013	Erlass	Erstfassung	13-7
30.08.2017	01.11.2017	Art. 7 Abs. 1, c	geändert	17-043
30.08.2017	01.11.2017	Art. 7 Abs. 1, d	eingefügt	17-043
12.06.2019	01.08.2019	Erlassstitel	geändert	19-038
12.06.2019	01.08.2019	Titel 1	eingefügt	19-038
12.06.2019	01.08.2019	Titel 2	eingefügt	19-038
12.06.2019	01.08.2019	Art. 6 Abs. 2	geändert	19-038
12.06.2019	01.08.2019	Art. 6 Abs. 2, a	eingefügt	19-038
12.06.2019	01.08.2019	Art. 6 Abs. 2, b	eingefügt	19-038
12.06.2019	01.08.2019	Art. 6 Abs. 2, c	eingefügt	19-038
12.06.2019	01.08.2019	Titel 3	eingefügt	19-038
12.06.2019	01.08.2019	Art. 8	Titel geändert	19-038
12.06.2019	01.08.2019	Art. 8 Abs. 2, a	geändert	19-038
12.06.2019	01.08.2019	Art. 8 Abs. 2, b	geändert	19-038
12.06.2019	01.08.2019	Art. 8 Abs. 2, c	geändert	19-038
12.06.2019	01.08.2019	Art. 8 Abs. 2, h	geändert	19-038
12.06.2019	01.08.2019	Art. 8 Abs. 2, i	eingefügt	19-038
12.06.2019	01.08.2019	Art. 8 Abs. 3	geändert	19-038
12.06.2019	01.08.2019	Art. 8 Abs. 3, d	geändert	19-038
12.06.2019	01.08.2019	Art. 8 Abs. 4	aufgehoben	19-038
12.06.2019	01.08.2019	Art. 8 Abs. 5	geändert	19-038
12.06.2019	01.08.2019	Art. 8 Abs. 6	geändert	19-038
12.06.2019	01.08.2019	Titel 4	eingefügt	19-038
12.06.2019	01.08.2019	Art. 9	Titel geändert	19-038
12.06.2019	01.08.2019	Titel 5	eingefügt	19-038
12.06.2019	01.08.2019	Art. 11 Abs. 1	aufgehoben	19-038
12.06.2019	01.08.2019	Titel T1	eingefügt	19-038
12.06.2019	01.08.2019	Art. T1-1	eingefügt	19-038

**Änderungstabelle - nach Artikel**

<b>Element</b>	<b>Beschluss</b>	<b>Inkrafttreten</b>	<b>Änderung</b>	<b>BAG-Fundstelle</b>
Erlass	05.12.2012	01.04.2013	Erstfassung	13-7
Erlasstitel	12.06.2019	01.08.2019	geändert	19-038
Titel 1	12.06.2019	01.08.2019	eingefügt	19-038
Titel 2	12.06.2019	01.08.2019	eingefügt	19-038
Art. 6 Abs. 2	12.06.2019	01.08.2019	geändert	19-038
Art. 6 Abs. 2, a	12.06.2019	01.08.2019	eingefügt	19-038
Art. 6 Abs. 2, b	12.06.2019	01.08.2019	eingefügt	19-038
Art. 6 Abs. 2, c	12.06.2019	01.08.2019	eingefügt	19-038
Art. 7 Abs. 1, c	30.08.2017	01.11.2017	geändert	17-043
Art. 7 Abs. 1, d	30.08.2017	01.11.2017	eingefügt	17-043
Titel 3	12.06.2019	01.08.2019	eingefügt	19-038
Art. 8	12.06.2019	01.08.2019	Titel geändert	19-038
Art. 8 Abs. 2, a	12.06.2019	01.08.2019	geändert	19-038
Art. 8 Abs. 2, b	12.06.2019	01.08.2019	geändert	19-038
Art. 8 Abs. 2, c	12.06.2019	01.08.2019	geändert	19-038
Art. 8 Abs. 2, h	12.06.2019	01.08.2019	geändert	19-038
Art. 8 Abs. 2, i	12.06.2019	01.08.2019	eingefügt	19-038
Art. 8 Abs. 3	12.06.2019	01.08.2019	geändert	19-038
Art. 8 Abs. 3, d	12.06.2019	01.08.2019	geändert	19-038
Art. 8 Abs. 4	12.06.2019	01.08.2019	aufgehoben	19-038
Art. 8 Abs. 5	12.06.2019	01.08.2019	geändert	19-038
Art. 8 Abs. 6	12.06.2019	01.08.2019	geändert	19-038
Titel 4	12.06.2019	01.08.2019	eingefügt	19-038
Art. 9	12.06.2019	01.08.2019	Titel geändert	19-038
Titel 5	12.06.2019	01.08.2019	eingefügt	19-038
Art. 11 Abs. 1	12.06.2019	01.08.2019	aufgehoben	19-038
Titel T1	12.06.2019	01.08.2019	eingefügt	19-038
Art. T1-1	12.06.2019	01.08.2019	eingefügt	19-038